

le chemin de fer devrait être maintenu pour le trafic des voyageurs aussi ou seulement pour celui des marchandises, le trafic des voyageurs devant, dans ce cas, être assuré par la route et l'automobile. L'étude des variantes possibles pour l'établissement du tracé devra alors s'effectuer immédiatement après.

Voilà pour Argovie. Dans le canton de Lucerne, les travaux d'établissement de projets pour l'amélioration des passages à niveau ont été confiés à un bureau d'ingénieurs et nos CFF se sont chargés de faire établir un avant-projet général à l'échelle 1:1000 et un devis des frais pour la déviation d'Emmen dont M. Krummenacher vient de parler en détail, c'est-à-dire pour le tronçon Emmenbrücke-Eschenbach. Ce travail sera vraisemblablement terminé durant la seconde moitié de l'année en cours. Dans cette attente, il n'est pas possible de prendre maintenant une décision concernant la construction de la déviation d'Emmen. La décision de principe sur les conditions devant permettre d'assainir le trafic dans le Seetal doit pouvoir être prise vers la fin de 1971. Il semble qu'une décision préliminaire à propos de la déviation d'Emmen ne s'impose pas pour l'instant, avant que les études ne soient achevées. Le Conseil fédéral est conscient des dangers que présente la traversée de la localité d'Emmen par le chemin de fer du Seetal; il sait que c'est là le point le plus délicat de ce chemin de fer. Si la décision devait être prise de maintenir celui-ci pour le trafic des voyageurs et des marchandises, il faudra mettre en œuvre tous les moyens pour que ce tronçon soit amélioré en priorité, et dans ce sens nous répondons au vœu du postulat. C'est aussi dans ce sens que le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat de M. le conseiller national Krummenacher.

Präsident: Der Bundesrat ist bereit, das Postulat Krummenacher entgegenzunehmen.

Wird es von einem Ratsmitglied bekämpft? – Dies ist nicht der Fall.

Überwiesen – Adopté

10752. Postulat Allgöwer. Änderungen in der Militärjustiz Réforme de la justice militaire

Text des Postulates vom 2. Dezember 1970

Unsere Militärjustiz besitzt zwar eine alte Tradition, sie lässt sich aber in ihrer heutigen Form nicht mehr rechtfertigen. Änderungen in der Gesellschaftsstruktur und Erfordernisse der Gesamtverteidigung verlangen eine Überprüfung. Dabei sollten folgende Forderungen verwirklicht werden:

1. Schaffung einer Appellations-Instanz, die aus zivilen Richtern besteht, deren Wahl den eidgenössischen Räten übertragen werden könnte.
2. Übertragung der Dienstverweigerungsprozesse an zivile Gerichte (Kammer des Bundesgerichts oder kantonale Obergerichte), da es sich um Verstösse gegen die Bundesverfassung handelt.
3. Modernisierung der Prozessordnung der Divisionsgerichte, wie Verzicht auf die Uniform bei der Gerichtssitzung.

Der Bundesrat wird gebeten, diese Forderungen zur Prüfung entgegenzunehmen und entsprechend Antrag zu stellen.

Texte du postulat du 2 décembre 1970

Notre justice militaire a certes une longue tradition mais, sous sa forme actuelle, son existence ne se justifie plus. Un réexamen s'impose à cause des changements qu'a subis la structure de la société, ainsi qu'en raison des impératifs de la défense générale du pays. Il conviendrait, en l'occurrence, de donner suite aux exigences ci-après:

1. Créer une instance d'appel composée de juges civils, dont l'élection pourrait être attribuée aux Chambres fédérales.
2. Charger les tribunaux ordinaires de connaître des causes ayant trait au refus servir (Chambres du Tribunal fédéral ou cours suprêmes cantonales) étant donné qu'il s'agit là d'actes commis en violation de la constitution fédérale.
3. Moderniser la procédure des tribunaux de division, par exemple en renonçant au port de l'uniforme lors des audiences de ces tribunaux.

Le Conseil fédéral est prié d'accepter ce postulat pour étude et de présenter des propositions.

Mitunterzeichner – *Cosignataires:* Biel Walter, Bill Max, Bratschi, Brosi, Gerosa, Götsch, Ketterer, Kloter, König, Rasser, Schlumpf, Schmid Arthur, Stachelin, Stich, Suter, Vontobel, Weber-Arbon, Wyss (18)

Allgöwer: Eigentlich müsste ich mein Postulat gar nicht mehr begründen, da Herr Bundesrat Bonvin das letzte Mal den falschen Zettel erwischte, aber dann in seiner bekannt charmanten Art den Irrtum eingestanden und sich entschuldigt hat. Bei dieser Gelegenheit habe ich aber ein Blatt erhalten, das als offizielle Antwort gedacht ist. Darauf steht, dass man das Postulat vom Bundesrat aus zwar entgegennehme, dass aber über die Verwirklichung keine Zusage gegeben werden könne. Es war also eine Entgegennahme mit einigen Vorbehalten. Ausserdem fällt es mir auf, dass die Antwort vom Bundesratsstisch aus sehr kurz ausfallen und auf das wichtige Problem nicht näher eingegangen werden soll. Deshalb ist es notwendig, dass ich kurz darlege, warum meiner Ansicht nach eine Revision unserer Militärjustiz dringend ist.

Ich gehe aus von einigen konkreten Fällen. Zunächst der Fall Varrone: Ich möchte hier nicht die ganze Florida-Affäre aufgreifen, sondern nur darauf hinweisen, was dort von der Militärjustiz aus geschehen ist. Man hat Telefons abgehört; man hat Verhaftungen durchgeführt ohne schriftlichen Vorführungsbefehl; man hat Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Akten vorgenommen; man hat eine Beugehaft von einigen Tagen durchgeführt; man hat strenge Verhöre ohne Rechtsbeistand durchgeführt. Kurz, die Militärjustiz hat sich eine Reihe von Handlungen zuschulden kommen lassen, die sich eine zivile Instanz nicht leisten könnte und wohl auch nicht leisten würde.

Ausserdem musste Varrone monatelang warten, bis man die Sache wieder einigermaßen in Ordnung brachte. Ende November 1970 kam lediglich der Entscheid des Oberauditors: «Der Sache wird keine weitere Folge gegeben.» Nun können Sie sich vorstellen, wenn Sie wie Varrone vor der Öffentlichkeit beschuldigt werden – auch wenn keine offizielle Anklage erhoben worden ist – wie es Ihnen wäre, wenn es am Schluss einfach heisst: «Es wird der Sache keine weitere Folge gegeben», oder in der Begründung «eine Verletzung militärischer Geheimnisse könne nicht

nachgewiesen werden» und es sei nicht mehr möglich zu beurteilen, ob die Geheimdokumente zu Recht oder zu Unrecht in Empfang genommen worden seien. Damit bleibt an diesem Mann ein Verdacht hängen, der bis heute nicht offiziell widerrufen worden ist.

Der Fall Varrone zeigt, wie die Militärjustiz ein Sonderdasein führt und sich vor keiner zivilen Instanz verantworten muss.

Ich nenne noch einige andere Urteile: Einmal das «berühmte» Urteil des Divisionsgerichtes IV, wo man einem Dienstverweigerer vorgeworfen hat, er habe «eine gewisse Linkstendenz». Das bedeutet eine politische Gesinnungsbestrafung, wie sie in unserem freien Land nicht vorkommen sollte. Oder das Urteil des Divisionsgerichtes VIII, das einem Geschichtsstudenten 10 Monate unbedingt auferlegte und ihm dann erst noch gewisse Nebenstrafen aufbrummte. Oder – was dann wieder komisch ist – das Urteil des Divisionsgerichtes VI, wonach ein Korporal zu 45 Tagen bedingt verurteilt wurde, weil er für ganze 80 Franken Lebensmittel nicht ordnungsgemäss verwendet hat, sondern sie unrechtmässig verschenkt hatte. Der Auditor hatte eine noch strengere Bestrafung beantragt.

Ein anderes Divisionsgericht hat ein Urteil gefällt, das einem Dienstverweigerer über seine Strafe hinaus fünf Jahre Ehrverlust aufbrummt. Sie müssen verstehen, dass solche Urteile im Volk immer wieder am berühmten Bühler-Prozess gemessen werden, der den Hauptschuldigen eigentlich ausser Strafe gelassen hat. Wir könnten so und so viele Urteile zitieren, die zeigen, dass trotz der immer wieder behaupteten Einheitlichkeit der Divisionsgerichts-Rechtsprechung doch viele Ungereimtheiten vorkommen, die in unserem Lande eigentlich nicht passieren sollten.

Kürzlich veröffentlichte ein Wehrmann nach dem Dienst einen kritischen Artikel und wurde dafür vors Divisionsgericht 9a zitiert. Dort machte er geltend – vor allem sein Verteidiger –, wenn er nach dem Dienst eine Kritik übe, ob sie nun berechtigt oder nicht berechtigt sei, er nicht vor ein Divisionsgericht, sondern vor ein ziviles Gericht gehöre. Damit sind wir beim entscheidenden Punkt.

Bei der heutigen Verzahnung von militärischer und ziviler Gewalt, wie sie besonders in der Gesamtverteidigung zum Ausdruck kommt, ist eine Unterscheidung im alten Sinne nicht mehr möglich. Die Gesamtverteidigung, die wir hier beschlossen haben, heisst doch nichts anderes, als dass nicht nur die in Uniform steckenden Wehrmänner im Dienst der Landesverteidigung stehen, sondern auch viele Personen, die andere Funktionen erfüllen, aber keine Uniform tragen. Ich habe hier schon einmal darauf hingewiesen, dass beispielsweise das Flugwarnsystem der Vereinigten Staaten zu 98% aus Zivilisten besteht. Wenn nun jemand dort ein Delikt begeht, dann kommt er nicht vor ein Militärgericht, sondern vor ein Zivilgericht. Die Gesamtverteidigung zwingt deshalb, das Verhältnis Militär-Zivil neu zu überdenken. Gesamtverteidigung heisst, dass nun alle Mittel eingesetzt werden für den Notfall der Landesverteidigung, und dass jemand, der dort mitmacht, dies sowohl in militärischer wie in ziviler Funktion tun kann. Deshalb glaube ich, dass, von hier aus gesehen, eine Unterscheidung auch praktisch nicht mehr möglich ist.

Ich möchte hier auf das deutsche Beispiel hinweisen. Deutschland hat auf Grund der Erfahrungen von zwei Weltkriegen auf die Wiederaufnahme von Militärgerichten verzichtet. Ich habe den Basler Staatsrechtslehrer, Professor Stratenwert, darüber befragt. Er hat mir ausdrücklich bestätigt, dass nach einer gewissen Anlaufzeit in Deutschland keinerlei Schwierigkeiten mehr bestehen, sämtliche militärischen Delikte von zivilen Gerichten beurteilen zu

lassen. Es gibt vielleicht Spezialfälle, wo die Gerichte Schiess- oder andere Experten beiziehen müssen, aber im allgemeinen handelt es sich ja bei den Straffällen im Militär um einfache Tatbestände (Diebstahl, Wachtvergehen usw.); diese kann jedes Gericht beurteilen, insbesondere auch, weil wir in unseren Zivilgerichten viele Dienstpflichtige besitzen. In Deutschland wird höchstens gerügt, dass zivile Gerichte zu oft den bedingten Strafvollzug aussprechen, aber das liegt natürlich im Ermessen des Gerichtes. Auf alle Fälle beweist das Ergebnis in Deutschland, dass man sehr wohl ohne Militärgerichte in Kriegszeiten auskommen kann.

Besonders auffällig sind in jüngster Zeit die grossen Prozesse um die Dienstverweigerer. Sie erhalten durch einige Presseorgane, Fernsehen und Radio eine vielleicht überdimensionierte Bedeutung. Ich will nicht über Pro oder Contra der Dienstverweigererfrage reden, aber ich glaube, dass es falsch ist, diese Prozesse überhaupt vor einem Divisionsgericht abrollen zu lassen. Wenn jemand nicht Dienst leisten will, verletzt er eine Vorschrift unserer Bundesverfassung. Deshalb muss auch jene Instanz in Funktion treten, welche über die Einhaltung der Bundesverfassung in Friedenszeiten zu wachen hat. Das sind die zivilen Behörden, sind unsere zivilen Gerichte, letzten Endes das Bundesgericht.

Ich bin immer stärker davon überzeugt, dass die Dienstverweigerer nicht vor ein Militärgericht gehören, sondern vor ein Zivilgericht. Wie das geregelt werden soll, ist eine sekundäre Frage. Man kann damit eine Kammer des Bundesgerichtes beauftragen, man kann aber auch kantonale Obergerichte heranziehen. Entscheidend ist jedoch, dass die Dienstverweigerer in Zukunft vor zivilen Gerichten antreten müssen.

Ein Zweites scheint mir wesentlich: dass Militär-Verurteilte heute nicht appellieren können, wenn ein Divisionsgerichtsurteil ergangen ist. Es gibt zwar die Kassationsbeschwerde, aber sie beschränkt sich auf formale Einwendungen. Deshalb ist unbedingt eine Appellationsinstanz zu schaffen. Ich denke an ein ziviles Obergericht, das wohl am besten durch die Bundesversammlung gewählt wird; damit würde die Selbstergänzung der Divisionsgerichte durch eine echte Wahl korrigiert. Heute ist es doch so, dass der abtretende Grossrichter sich umschaut, wen er als Nachfolger bestimmen könnte; der betreffende wird gemeldet und in der Regel ernannt. Von einer Wahl ist keine Rede, im Gegensatz zu den früheren Traditionen, als unsere Schweizer Regimenter ihre Richter selber gewählt haben. Ich glaube, die Bundesversammlung wäre berufen, die oberste Instanz der Militärjustiz zu wählen und damit den Primat der Politik zu betonen. Eine oberste Zivilgerichtsinstanz hätte eine heilsame Wirkung auf alle Divisionsgerichte und Untersuchungsorgane.

Eine dritte Frage ist die Stellung des Oberauditors. Dieser hat – wie der Fall Varrone und andere zeigen – gewisse richterliche Funktionen. Wenn vom Oberauditor einmal etwas eingefädelt ist, ist es sehr schwer, wieder in anderer Richtung «auszufädeln». Deshalb muss die Stellung des Oberauditors ebenfalls überprüft werden. Er soll nicht – wie es sich auch im Fall Varrone gezeigt hatte – einerseits gewissermassen der verlängerte Arm des EMD sein und andererseits doch wieder Richter. Abklärung und Neuregelung der Kompetenzen sind dringend.

Schliesslich gibt es verschiedene kleine Reformen, die meiner Ansicht nach notwendig sind: dass man moderne Formen der Gerichtsverhandlung findet, dass ohne Uniformen getagt wird, dass man für Lappalien nicht ganze Gerichte aufbieten muss, dass man an die Anpassung an

das Strafgesetzbuch denkt und – nach dem 7. Februar – dass auch Frauen in diese Gerichte Einsitz nehmen.

Ich möchte zusammenfassen: Wir stehen vor der Tatsache einer weitgehenden Wandlung unserer gesamten Landesverteidigung. Wir sind im Begriff, die Gesamtverteidigung aufzubauen, auch ein Dienstreglement zu schaffen, in dem gewisse alte Formen wegfallen. In ähnlich aufgeschlossener Weise müssen wir nun auch die Militärjustiz untersuchen. Sie muss in ihrer ganzen Haltung auf das Zivile ausgerichtet werden. Deshalb soll sie mit einer Appellationsinstanz eine zivile Einrichtung erhalten und sie muss darauf verzichten, Dienstverweigerer zu verurteilen. Basel-Stadt ist gegenwärtig daran, in der gleichen Frage eine Standesinitiative auszuarbeiten. Die Kommission ist dort, nachdem sie verschiedene Leute und Spezialisten angehört hat, zu ähnlichen Schlussfolgerungen gekommen.

Ich hoffe, dass der Bundesrat das Postulat nicht nur entgegennimmt, sondern die Aufgabe energisch an die Hand nimmt und befriedigend löst.

M. Bonvin, conseiller fédéral: M. Allgöwer vient de faire état d'éléments nouveaux. Aussi, en complément de mon intervention anticipée de la semaine dernière, je tiens tout d'abord à préciser que le cas de M. Varrone n'a pas à être considéré ici. Cette affaire sera traitée au mois de juin, en relation avec l'intervention de M. Bringolf.

Nous reconnaissons que des besoins nouveaux se manifestent dans la vie de la société helvétique, notamment celui de l'adaptation du droit pénal militaire. Si le droit pénal civil paraît avoir atteint un certain degré de maturité, qui correspond aux besoins nouveaux de notre société, il n'en va pas de même pour le droit pénal militaire. Des travaux préparatoires sont en cours. Le Conseil fédéral peut donc accepter le postulat Allgöwer pour l'inclure dans ces études. Mais, si vous relisez le texte du postulat, qui va très loin dans certains domaines et qui s'écarte parfois des principes fondamentaux actuels de notre droit pénal militaire, vous comprendrez que le Conseil fédéral fait à ce sujet les plus strictes réserves.

Überwiesen – Adopté

Petition – Pétition

10852. Dr. Hans Saner und Christoph Geiser, Basel
Pétition vom 20. November 1970 betreffend Militärjustiz
Pétition Dr. Hans Saner et Christoph Geiser, Bâle,
du 20 novembre 1970, concernant la justice militaire

M. Thévoz, rapporteur, présente au nom de la commission le rapport écrit ci-après:

«Les deux pétitionnaires demandent que la compétence du tribunal militaire de cassation soit transférée au Tribunal fédéral en temps de paix et que la procédure de cassation soit remplacée par une procédure d'appel contre les jugements pénaux militaires; il faudrait supprimer le tribunal militaire extraordinaire et introduire les mêmes voies de droit pour tous les militaires. Les pétitionnaires invoquent le fait que, dans la réglementation actuelle, la séparation des pouvoirs entre l'administration et la justice n'est pas clairement établie et que l'impartialité du tribunal n'est pas entièrement garantie. Comme, à leur avis, une partie des procès dirigés contre les objecteurs de conscience sont des procès politiques, la compétence accordée aux

tribunaux militaires a pour effet que l'armée prend le pas sur la politique. Le tribunal militaire de cassation n'est qu'une autorité de recours statuant sur les questions de droit et une autorité de révision, mais il devrait être une instance d'appel. En cas de recours à ce tribunal pour fausse application de la loi, il prononcerait un nouveau jugement, au cours d'une simple procédure écrite, ce qui violerait les principes de la publicité des débats, de la procédure orale et de l'immédiateté, qui régissent le procès pénal. Le tribunal militaire extraordinaire institué en vue de la procédure pénale contre des colonels divisionnaires et des colonels commandants de corps est un tribunal spécial, composé de collègues des prévenus, ce qui est contraire au principe de l'égalité de traitement.

La Commission des pétitions constate que la présente pétition soulève des questions analogues à celles qui sont contenues dans le postulat Allgöwer concernant la réforme de la justice militaire (10752). Elle est arrivée à la conclusion que cette pétition, rédigée en toute objectivité, ne pose aucune question qui ne mérite un examen approfondi. La commission, qui a d'autre part discuté le problème de la compétence des tribunaux militaires pour les affaires qui sortent du cadre purement militaire (objection de conscience, violation de secrets par des civils), estime que la justice militaire elle-même pourrait avoir intérêt à ce que sa compétence, à raison de la matière, soit réduite. L'élection et la nomination des membres des tribunaux militaires ont également été discutées. La commission est arrivée à la conclusion qu'il serait indiqué de faire examiner la question en détail par une commission d'experts afin de déterminer si et dans quelle mesure la réglementation en vigueur dans la justice militaire répond à l'idée que l'on se fait actuellement du droit et aux exigences de l'heure.

La Commission des pétitions propose à l'unanimité au Conseil national de transmettre la présente pétition au Conseil fédéral, en le priant de faire procéder à un examen approfondi des suggestions qu'elle contient et des autres questions de principe relatives à la justice militaire.» (*Zustimmung – Adhésion*)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Postulat Allgöwer. Änderungen in der Militärjustiz

Postulat Allgöwer. Réforme de la justice militaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1971
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	10752
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.03.1971
Date	
Data	
Seite	231-233
Page	
Pagina	
Ref. No	20 000 085

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.